

## Rundbrief März III 2024

### Briefmarkenaktion für Spenden für Gaza

DPG-Vizepräsidentin Ursula Mindermann hat wieder einmal Briefmarken entworfen, die jetzt gekauft werden können. Es sind Sonderbriefmarken, die als Bogen mit je 20 Briefmarken für Briefporto (0,85 Cent plus 40 Cent als Sonderdruck) kosten. Wir bitten um großzügige Spende und freuen uns, wenn pro Bogen mindestens 40,00 Euro gezahlt wird. Die Spenden werden zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung direkt nach Gaza überwiesen.

Auf der Briefmarke ist ein Gemälde der Künstlerin Heba Zagout aus Gaza zu sehen. Heba Zagout wuchs im Al-Burejj-Flüchtlingslager in Gaza auf, studierte Bildende Künste an der Al-Aqsa-Universität in Gaza und arbeitete seitdem als Künstlerin und Lehrerin. Ihre farbenfrohen Bilder spiegelten ihr Leben, ihre Liebe zu Kindern wider. Heba starb am 13. Oktober auf der Flucht in den Süden Gazas durch israelisches Bombardement. Mit ihr starben zwei ihrer Söhne.

Bestellungen bitte per Mail mit Angabe der gewünschten Anzahl an Bögen, des Spendenbeitrags und der Adresse an [mindermann@dpg-netz.de](mailto:mindermann@dpg-netz.de). Die Bankverbindung wird dann zugeschickt.



### In Israel ist der erneute Bau von Siedlungen im Gazastreifen nicht länger eine Idee von Randgruppen!

Hintergrund: Da es keinen offiziellen Plan für die Nachkriegszeit gibt, übernehmen extremistische Ideen, die früher den Rändern der Gesellschaft vorbehalten waren, die Bühne der politischen Diskussion.

Jessica Buxbaum, *The New Arab*, 07.02.24

Am letzten Sonntag im Januar versammelten sich Tausende von Israelis in Jerusalem zu einer Konferenz, auf der die Wiederbesiedlung des Gazastreifens gefordert wurde. Da es keine offizielle Nachkriegspolitik gibt, scheinen extremistische Ideen, die früher den Rändern der israelischen Gesellschaft vorbehalten waren, die Oberhand zu gewinnen.

Der israelische Krieg gegen den Gazastreifen geht nun in den vierten Monat, doch Premierminister Benjamin Netanjahu hat noch keinen tragfähigen Plan für die Zeit nach dem Ende des Krieges vorgelegt.

„Die Tatsache, dass es keine kohärente Politik für den Tag nach dem Gaza-Krieg gibt, hat definitiv einen Einfluss darauf, dass die eher rechtsgerichteten, rechtsextremen Fraktionen der israelischen Regierung versuchen, ihre messianische Vision voranzubringen“, sagte Eyal Lurie-Pardes, Stipendiat für Palästina und palästinensisch-israelische Angelegenheiten am Middle East Institute, gegenüber *The New Arab*.

Unter den Konferenzteilnehmern befanden sich 12 Regierungsmitglieder von Netanjahus Likud-Partei und 15 der Koalitionsparteien, was den niederländisch-palästinensischen Analysten Mouin Rabbani zu der Vermutung veranlasste, dass die Veranstaltung tatsächlich Teil der israelischen Nachkriegsplanung war.

„Ich glaube nicht, dass wir so tun können, als ob es sich nicht um einen Versuch derjenigen handelte, die an der Nachkriegsplanung beteiligt sind und die eine Agenda festlegen wollten“, sagte Rabbani.

Abgesehen von ihrer Teilnahme haben israelische Abgeordnete mit ihrer Kriegsrhetorik die Wiederbesiedlung des Gazastreifens gefordert.

„Wir können uns aus keinem Gebiet im Gazastreifen zurückziehen. Ich schließe eine jüdische Siedlung dort nicht nur nicht aus, sondern halte sie auch für wichtig“, sagte der israelische Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, zu Beginn des Jahres.

Ben Gvir wiederholte diese Meinung in seiner Rede auf der Konferenz: „Wenn wir keinen weiteren 7. Oktober wollen, müssen wir nach Hause zurückkehren und [Gaza] kontrollieren. Wir müssen einen legalen Weg für die freiwillige Auswanderung [der Palästinenser] finden“.

Der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich, der sich ebenfalls für die Umsiedlung des Gazastreifens einsetzt, äußerte sich in seiner Rede auf der Konferenz ähnlich. „Wir wussten, was das bedeuten würde, und wir haben versucht, das zu verhindern“, sagte Smotrich. „Ohne Siedlungen gibt es keine Sicherheit.“

Diese Vorstellung, dass Siedlungen und Sicherheit zwei Seiten derselben Medaille sind, sei ein natürlicher Teil des israelischen Denkens, erklärte Mairav Zonszein, Analytistin bei der International Crisis Group.

„Das Konzept, dass man Menschen vor Ort einsetzen muss – Siedler und Soldaten –, um für Sicherheit zu sorgen, war schon immer Teil des israelischen Verständnisses, wie man die Dinge angeht“, sagte Zonszein.

Quelle: <https://www.newarab.com/analysis/israeli-resettlement-gaza-no-longer-fringe-idea>

## Home away from Home - Ausstellung in Gütersloh eröffnet

Das palästinensische Magazin *This Week in Palestine* ernannte diese Ausstellung zur „Ausstellung des Monats“. Dargestellt werden Menschen aus Palästina, die ihre Heimat verlassen mussten. Die Ausstellung läuft noch bis Ende März und kann über Ursula Mindermann ausgeliehen werden. Mehr dazu: <https://thisweekinpalestine.com/home-away-from-home-palestinian-diaspora-voices/>



## Hunger als Kriegswaffe

NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 06.03.2024 | [René Wildangel](#)

Im Gazastreifen droht durch die Blockade Israels eine dramatische Hungersnot. Deutschland muss sich dafür einsetzen, das Elend zu beenden.

Es war im Sommer 2023: „Beenden Sie die Art der Kriegsführung, Hunger als Waffe einzusetzen“, lautete ein eindringlicher Appell der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock. Er richtete sich damals an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Im aktuellen Konflikt in Gaza hat man einen vergleichbaren Satz weder seitens der Außenministerin noch irgendeines anderen Mitglieds der Bundesregierung gehört, obwohl die Vereinten Nationen bereits seit Dezember letzten Jahres vor einer Hungersnot mit katastrophalen Folgen warnen. Diese Krise ist kein tragisches Naturphänomen, sondern menschengemacht und bewusst herbeigeführt.

Schon zu Beginn der vollständigen israelischen Blockade des Gazastreifens kurz nach den terroristischen Angriffen der Hamas am 7. Oktober kündigte der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant an:

„Es wird keinen Strom, kein Essen, keinen Treibstoff mehr geben ... Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und werden uns entsprechend verhalten.“ Diese Abriegelung verschlechterte rasant die Lebensumstände der nun unter massiver Bombardierung stehenden Zivilbevölkerung. Die Hamas selbst war auf diese Situation vorbereitet und hatte entsprechende Vorkehrungen für sich getroffen. Obwohl der Charakter der kollektiven Bestrafung von Beginn an eindeutig war, hat die Bundesregierung diesen und weitere Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht bisher nicht eindeutig benannt.

2018 wurde der Einsatz von Hunger als Kriegswaffe im UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 2417 geächtet. Diese verurteilte

„entschieden das nach dem humanitären Völkerrecht verbotene Aushungern von Zivilpersonen als Methode der Kriegführung“. Ebenso verurteilt die Resolution die „rechtswidrige Verweigerung des humanitären Zugangs“ und die „vorsätzliche Behinderung von Hilfslieferungen“. Es gelte jene Strukturen zu schützen, die für die Lieferung humanitärer Hilfe sowie für die Nahrungsmittelproduktion notwendig sind. Darüber hinaus fordert sie Staaten, die Einfluss auf die Parteien bewaffneter Konflikte haben, auf, diese an ihre Verpflichtung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu erinnern und zur Aufklärung und Ahndung entsprechender Verstöße beizutragen. Schließlich wird festgestellt, dass der Sicherheitsrat auch Sanktionen erlassen kann gegen „Personen oder Einrichtungen (...), die die Bereitstellung humanitärer Hilfsgüter, den Zugang zu humanitärer Hilfe oder die Verteilung humanitärer Hilfsgüter behindern“. Derartige Maßnahmen wären natürlich nur im Falle einer Einigkeit möglich, die im Sicherheitsrat derzeit in der Regel nicht besteht.

Die Resolution enthält auch einen Verweis auf besonders verwundbare Gruppen: Flüchtlinge und Binnenvertriebene, ältere Menschen, Frauen und Kinder, also genau jene Gruppen, die derzeit in Gaza besonders von der Hungersnot betroffen sind. Auch die von Deutschland angestrebte feministische und „werteorientierte“ Außenpolitik wollte die Rechte dieser Gruppen im Rahmen eines menschlichen Sicherheitsansatzes ins Zentrum stellen.

Nun droht sie angesichts der weitgehenden Handlungsunfähigkeit deutscher Politik endgültig unglaubwürdig zu werden.

Nach fast fünf Monaten Krieg steht Gaza vor einer menschengemachten Katastrophe, vor deren Ausmaß internationale Menschenrechts- und Hilfsorganisationen bereits seit Wochen und Monaten warnen. Bereits im Dezember erklärte Human Rights Watch: „Die israelische Regierung nutzt das Aushungern von Zivilisten als Kriegswaffe, was ein Kriegsverbrechen darstellt.“ Schon in den Jahren vor dem 7. Oktober waren 80 Prozent der Menschen in Gaza auf humanitäre Hilfe angewiesen. Jetzt droht vielen der Hungertod.

Resolution 2417 sieht vor, dem Sicherheitsrat Bericht zu erstatten, wenn eine „konfliktbedingte Hungersnot“ droht. Das war am 27. Februar auch der Fall, als UN-Vertreter den Sicherheitsrat über die aktuelle Situation informierten: Die gesamte Bevölkerung sei derzeit für ihr Überleben auf humanitäre Hilfe angewiesen, die aber kaum zur Verfügung stehe.

Weiteres hierzu unter: [Nahe Osten/Nordafrika: Blockade von Gaza: Hunger als Kriegswaffe | IPG Journal \(ipg-journal.de\)](https://www.ipg-journal.de/nahe-osten/nordafrika/blockade-von-gaza-hunger-als-kriegswaffe)



picture alliance / Anadolu | Ali Jadallah